

Tätigkeitsbericht | Oktober 2014 bis Oktober 2015

Thomas Birk, MdA

| Sprecher Verwaltungsmodernisierung | Sprecher für Queerpolitik |

Mitglied in den Ausschüssen | Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit | Bildung, Jugend und Familie | Mitglied im Musikschulbeirat | Mitglied im Kuratorium des Pestalozzi-Fröbel-Hauses

Abgeordneter von Schöneberg Nord

A) Verwaltungsmodernisierung / E-Government/ IT-Strategie

Auch wenn nun zum Ende der Legislaturperiode endlich ein E-Government-Gesetz für Berlin im Abgeordnetenhaus diskutiert wird, müssen die letzten vier Jahre unter Rot-Schwarz als verlorene Zeit für die Verwaltungs-IT und E-Government angesehen werden. Im krassen Widerspruch zum Image der Stadt als Smart City und neuem Silicon Valley herrscht Stillstand bei der Modernisierung der Verwaltung. Symptomatisch für das Steuerungsversagen des Senats war die von mir aufgedeckte Weiternutzung von Windows XP und Windows Server 2003 nach dem jeweiligen Supportende in vielen Behörden. Es war versäumt worden, rechtzeitig die IT-Fachverfahren des Landes koordiniert auf die neuen Windows-Versionen zu testen. Wäre der Senat schon vor Jahren, wie von uns immer wieder vorgeschlagen, auf Open Source Software umgestiegen, wäre das nicht passiert. Somit wurde einmal mehr auch die IT-Sicherheit der Verwaltung gefährdet. Die IT-Sicherheitsberichte weisen regelmäßig auf Sicherheitslücken der Behörden, mangelhafte Sicherheitskonzepte, fehlende Schulungen usw. hin. Eine Ausschussreise nach Wien hat gezeigt: In Sachen E-Government ist Berlin im Wettbewerb mit Städten wie Wien mindestens 10 Jahre hinterher.

E-Government:

Schriftliche Anfrage vom 30.10.2014

Umgang mit Formularen in der Ausländerbehörde (Drs. 17/14 856)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_14856.pdf

Schriftliche Anfrage vom 30.10.2014

Wann kommt endlich die automatisierte Ausgabe von Parkausweisen für AnwohnerInnen und Gewerbetreibende? (Drs. 17/14853)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_14853.pdf

Schriftliche Anfrage vom 30. 10.2014

IT-Systemwechsel in den Bürgerämtern: Auf welchem Stand befindet sich das Projekt ProVOIS zwecks der Ablösung des Fachverfahrens MESO? (Drs. 17/14 854)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_14854.pdf

Schriftliche Anfrage vom 30.10.2014

Wie wird die Bekämpfung von Zweckentfremdung elektronisch unterstützt? (Drs. 17/14 855)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_14855zwol.pdf

Antrag vom 12.11.2014

Vorbereitung auf die eAkte: Einführung eines einheitlichen, vollständigen Aktenplans (Drs. 17/1954)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_1954.pdf

Schriftliche Anfrage vom 24.03.2015

Erneute Überlastung der KfZ-Zulassungsbehörden? (Drs. 17/15 797)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_15797.pdf

Datenschutz

Antrag vom 01.10.2014

Datenschutz: Förderung benutzerfreundlicher und sicherer Email-Anwendungen im Land Berlin (Drs. 17/1954)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_1861.pdf

ITDZ:

Schriftliche Anfrage vom 20.01.2015

Hohe Kosten bei der Betreuung eines IT-Endgerätes im Bezirk Mitte trotz Kooperation mit dem ITDZ? (Drs. 17/15 341)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_15333_1_.pdf

Schriftliche Anfrage vom 29.04.2015

Kooperation von ITDZ und HU (Drs. 17/16 105)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_16105.pdf

Schriftliche Anfrage vom 09.06.2015

Auslaufende IT-Rahmenverträge des ITDZ und die Folgen (Drs. 17/16 399)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_16399.pdf

Schriftliche Anfrage vom 09.06.2015

Stand der personellen Umsetzung des Strategieprogramms „ITDZ Berlin 2020“ (Drs. 17/16 398)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_16398.pdf

Windows XP / Windows Server 2003:

Schriftliche Anfrage vom 10.03.2015

Ein Jahr nach dem Supportende von Windows XP – Immer noch Windows XP in der Berliner Verwaltung? (Drs. 17/15 554)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_15554.pdf

Schriftliche Anfrage vom 13.07.2015

Wie geht der Senat mit dem Ende des Supports für Windows Server 2003 um? (Drs. 17/16 638)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_16638.pdf

Schriftliche Anfrage vom 01.08.2015

Nachfragen zum Supportende für Windows Server 2003 (Drs. 17/16 724)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_16724.pdf

Cybergewalt:

Antrag:

Cybergewalt: Berlin muss die Beschlüsse der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz (GMFK) in die Tat umsetzen (Drs. 17/2455)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_2455.pdf

Vortrag:

Folienvortrag über „**E-Government in der Warteschleife**“ bei der Betriebs- und Personalrätekonferenz des Deutschen Beamtenbunds Berlin (dbb) am 14.10.2015:
http://www.thomasbirk.de/meine_themen/verwaltungsreform/index.html

B) Bildung

Meine Themen im Bildungsausschuss und im Musikschulbeirat ergeben leider ein ebenso trübes Bild wie bei E-Government. Auch hier waren die letzten vier Jahre unter Rot-Schwarz von Stillstand geprägt. Ganz groß ist die Enttäuschung bei den Musikschulen. Die erkämpften 2,5 Mio. Euro Aufwuchs drohen in der Fortschreibung des Doppelhaushalts 2016/17 wieder abhanden zu kommen. Das Verhältnis von 5 Prozent Festangestellten zu 95 Prozent schlecht bezahlten und sozial ungesicherten Honorarkräften hat sich nicht geändert, die Warteliste für Schüler*innen beträgt immer noch 10.000. Alle Vorschläge von seiten des Musikschulbeirats, dem ich angehöre, zu Strukturreformen wurden bisher ignoriert oder abgelehnt.

In der Medienbildung tut sich auch seit Jahren nichts Neues, obwohl Schüler*innen in ihrer Freizeit zunehmend digitale Medien nutzen und die Entwicklung der Technik und Möglichkeiten stetig voranschreitet. Trotzdem hält der Senat an einem 15 Jahre altem eEducation Masterplan fest. Noch schlimmer die Situation zur digitalen Verwaltung der Schulen. Das seit 2008 entwickelte dezentrale Konzept der Umsetzung von eGovernment@school wurde kurz vor der finalen Umsetzung gestoppt und soll jetzt mit einer zentralen, webbasierten Lösung neu gestartet werden, d. h. bis 2020 müssen die Schulen weiterhin vor allem auf dem Papierweg mit der Verwaltung in Kontakt treten. Schulen sind IT-sicherheitstechnisch die unsichersten Behörden Berlins.

Ärger gab es auch um die neuen Rahmenlehrpläne, insbesondere weil die bisher recht fortschrittlichen Bausteine zur Thematisierung über sexuelle Vielfalt in möglichst vielen Fächern und ein Rahmenkonzept zur Sexualerziehung wegfallen sollten. Dies konnte durch eine kleine Kampagne, die ich mit losgetreten habe, unterbunden werden.

Musikschulen

Schriftliche Anfrage vom 26.03.2015

Neue Stellen in bezirklichen Musikschulen im Rahmen der zusätzlichen 2,5 Mio. Euro (Drs. 17/15 770)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_15770.pdf

Schriftliche Anfrage vom 23.06.2015

Verausgabung der zusätzlichen 2,5 Mio. Euro für die bezirklichen Musikschulen (Drs. 17/16 481)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_16481.pdf

Schriftliche Anfrage vom 21.08.2015

Wie bewertet der Senat den „Aufbauplan zur Qualitätssicherung der Berliner Musikschulen“ des Musikschulbeirats? (Drs. 17/16 851)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_16851.pdf

Medienbildung:

Kleine Anfrage vom 28.10.2014

Wie geht es weiter mit der digitalen Medienbildung in Berlin? (Drs. 17/14 839)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_14839digitalemedienbildung.pdf

Rahmenlehrpläne:

Schriftliche Anfrage vom 30.10.2014

Thematisierung sexueller Vielfalt in den Rahmenlehrplänen des Landes Berlin (Drs. 17/14 852)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_14852rahmenlehrplaene.pdf

eGovernment@school:

Vorschlag für eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Digitale Verwaltung, Datenschutz und Informationsfreiheit am 13.10.2015

Stellungnahme zur Roten Nummer 0820 H zu eGovernment@school

http://www2.thomasbirk.de/uploads/beschlussempfehlung_zu_0820_h.pdf

Schriftliche Anfrage vom 21.01.2015

eGovernment@school – Was tut sich bis zur Neukonzeption? (Drs. 17/15 341)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_15341.pdf

Veranstaltungen:

Leitung eines Workshops „**Unterricht im digitalen Zeitalter**“ im Rahmen des Bildungskongresses der Fraktion am 26.09.2015.

C) Queerpolitik

Wegen der Konfliktlage zwischen SPD und CDU hat sich Berlin im Bundesrat inzwischen zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode bei der Frage der Öffnung der Ehe enthalten. Dies hat immerhin die Koalition in ihre erste Krise seit dem Amtsantritt des Regierenden Bürgermeisters Michael Müller gebracht. Erfolgreich waren wir hingegen bei Durchsetzung eines Antrages für die besonderen Belange von queeren Flüchtlingen. Diesen hat meine Kollegin Anja Kofbinger bearbeitet (deswegen ist er hier nicht aufgeführt), wir haben ihn zusammen mit den Linken eingebracht und er wurde in veränderter Fassung angenommen. Ansonsten ist es enttäuschend, wie wenig sich die Koalition für die versprochene Weiterentwicklung der Initiative sexuelle Vielfalt (ISV) einsetzt. Statt der angekündigten acht Anträge dazu, stellte sie nur zwei, die wir durch Änderungsanträge gemeinsam mit den Linken und Piraten verbessern konnten. Unser umfassender programmatischer Antrag zur ISV von 2012 wurde im Sommer 2015 endgültig abgelehnt. Informationen zur ISV muss man der Koalition mühselig aus der Nase ziehen. Ganz trübe sieht es auch bei der versprochenen Umsetzung von Arbeitsergebnisse zur sexuellen Gesundheit aus. Hier ist rein gar nichts passiert.

Ehe für alle:

Gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, Linken und Piraten

Ehe für alle – und zwar jetzt! (Drs. 17/2303)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/d17_2303.pdf

Initiative sexuelle Vielfalt (ISV):

Schriftliche Anfrage vom 10.08.2015 gemeinsam mit Anja Kofbinger

**Welche Vorbereitungen trifft der Senat für die Gründung eines
sexualwissenschaftlichen Instituts in Berlin? (Drs. 17/16 768)**

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_16768.pdf

Schriftliche Anfrage vom 10.08.2015 gemeinsam mit Anja Kofbinger

**Weiterentwicklung der Initiative sexuelle Vielfalt im Rahmen des
Haushaltsentwurfs 2016/17 (Drs. 17/16 767)**

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_16767.pdf

Haushalt:

Schriftliche Anfrage von 10.08.2015 gemeinsam mit Anja Kofbinger

**Förderung von queeren Projekten und Trägern im Haushaltsentwurf 2016/17 (Drs.
17/16 766)**

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_16766.pdf

Sexuelle Gesundheit:

Schriftliche Anfrage vom 17.11.2014

**Auf welchem Stand ist die Umsetzung der Arbeitsgruppenergebnisse zur sexuellen
Gesundheit? (Drs. 17/14 954)**

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_14954umsetzungsstandsexuellegesundheit.pdf

Regenbogenfamilienzentrum:

Schriftliche Anfrage vom 10.08.2015 gemeinsam mit Anja Kofbinger

Zukunft des Regenbogenfamilienzentrums (Drs. 17/16 769)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_16769.pdf

Fernsehrat:

Schriftliche Anfrage vom 13.03.2015 gemeinsam mit Stefan Gelbhaar

Verhalten des Landes Berlin im Fernsehrat des ZDF (Drs. 17/15 802)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_15802.pdf

Veranstaltungen:

**„Zwischen Anerkennung und Abschiebung: Queere Flüchtlinge in Berlin“ im
Abgeordnetenhaus**

am 13.10.2014

Lilarosa Herbst '89 im Festsaal des Abgeordnetenhauses von Berlin

am 26.11.2014

Parlamentarischer Regenbogenabend gemeinsam mit der Bundestagsfraktion im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestags

am 09.05.2015

D) Asbest

Obwohl die Federführung zum Thema Asbest bei meinem Kollegen Andreas Otto liegt, lässt mich das Thema nicht mehr los, seit ich in meinem Wahlkreis erleben musste, dass viele Anwohner*innen ohne es zu wissen, in asbestbelasteten Wohnungen leben. Trauriger Höhepunkt: Die vom Gewobagchef persönlich versprochene „Mustersanierung“ einer betroffenen Wohnung in der Nollendorfstraße dauerte statt der geplanten drei Wochen sechs Monate (!) voller Pleiten, Pech und Pannen.

Schriftliche Anfrage vom 11.12.2014 gemeinsam mit Andreas Otto

Rücklagen der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften zur Asbestsanierung (Drs. 17/15 169)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_15169.pdf

Schriftliche Anfrage vom 16.03.2015

Asbest beim Abriss der Freybrücke? (Drs. 17/15 796)

http://www2.thomasbirk.de/uploads/s17_15796.pdf

E) Wahlkreis Schöneberger Norden

Anwohner*innen-Initiative Motzkiez

Seit Herbst letzten Jahres trifft sich die Anwohner*innen-Initiative Motzkiez im Wahlkreisbüro in der Kalckreuthstraße.

Mehrere Anwohner hatten mich angesprochen, dass auch sie mit zunehmender Sorge beobachten würden, welche starken Veränderungsprozessen unser Kiez ausgesetzt ist. Da sind zum einen die vielen neuen Hotels, die in direkter Umgebung entstehen, die Umwandlung von Wohnungen zu Ferienwohnungen und dass der kleine Einzelhandel für den täglichen Bedarf nach und nach verdrängt wird. Zum anderen sehen sie aber auch die Entwicklung am Strich an der Ecke Fuggerstr. / Eisenacher Straße kritisch. Dort kommt es vermehrt zu verbalen und körperlichen Übergriffen auf Anwohner_innen und Kiezbesuchern. Daher kam die Idee zu einer Anwohner_innen-Initiative auf, die sich seit Oktober 2015 nun in meinem Wahlkreisbüro trifft. Die Initiative möchte vor allem die Bedürfnisse und Interessen der Anwohner*innen der Nachbarschaft wieder in den Vordergrund rücken und die Lebensqualität in Motz-Kiez erhalten. Sie ist nicht an Bündnis 90/Die Grünen gebunden.

Bereits umgesetzt wurde als erster Schritt ein Projekt zur „Kartierung von Übergriffen“ im Kiez. Auf einer großen Straßenkarte waren alle Anwohner*innen dazu aufgefordert mit Punkten zu

markieren, an welchen Orten im Kiez sie bereits einmal Zeug*innen oder Betroffene von körperlichen oder verbalen Übergriffen waren oder ihnen Drogen angeboten worden sind.

Über zwei Wochen und zum Motzstraßenfest hing das „Gewaltkartierungsposter“ draußen am Büro in der Kalckreuthstraße. Zahlreiche Anwohner*innen beteiligten sich. Als die Präventionsbeauftragte des Polizeiabschnitts 44 zu einem Sofa-Gespräch in mein Büro kam konnte ihr die Initiative dadurch die Problematik im Kiez nochmals verdeutlichen.

Verbunden mit dem Projekt setzt sich die Initiative außerdem für ein erweitertes Streetworking für die Stricher im Kiez ein. Das Streetworking soll dabei ein Mittel sein, die erlebte verbale und physische Gewalt in unserem Kiez einzudämmen. Hier versucht die Initiative vor allem über Förderanträge Veränderungen und Besserungen herbeizuführen. So hat sie Mittel im Bürgerhaushalt beantragt, die jedoch leider mit dem Verweis auf die Zuständigkeit des Senats nicht bewilligt wurden.

Außerdem wird die Entwicklung einer mobilen Fotoausstellung als Nachbarschaftsprojekt geplant. Das Fotoprojekt soll für die Besonderheiten des Kiezlebens und die stattfindenden Veränderungen sensibilisieren und zur Reflexion anregen. Es soll dazu einladen die Nachbarschaft und die Besonderheit der Gegend aus neuen Blickwinkeln zu betrachten und bietet die Chance, die vielfältigen Sicht- und Lebensweisen sichtbar zu machen und miteinander in Austausch zu bringen. Es soll damit eine gegenseitige Sensibilisierung stattfinden und der Zusammenhalt der Gemeinschaft im Kiez gestärkt werden. Um Mittel für eine Umsetzung des Projektes zu erhalten, hat die Initiative einen Antrag für den Bürgerhaushalt 2014 eingereicht. Leider wurde das Verfahren durch die Haushaltssperre im April 2015 nicht so durchgeführt wie geplant und es hat keinen wirklichen Beteiligungsprozess bei der Auswahl der Vorschläge stattgefunden.

Veranstaltungsreihe „Auf dem Sofa mit...“

Im März dieses Jahres habe ich mit einer regelmäßigen Diskussionsreihe in meinem Wahlkreisbüro begonnen. Zu „Auf dem Sofa mit...“ lade ich jeweils einen Gast ein, der oder die sich in meinem Wahlkreis engagiert.

Den Auftakt am 4. März machte Hamad Nasser, der Leiter des Nachbarschaftszentrums Steinmetzstraße, einer stark durch die arabische Community geprägten Gegend. Er stellte seine Arbeit im Nachbarschaftszentrum vor – insbesondere das Projekt der Bildungsbotschafter und der Väterarbeit. Im Projekt der Bildungsbotschafter werden Eltern weiter qualifiziert, dass sie das Schulsystem in Deutschland besser verstehen und somit auch die Herausforderungen, vor denen ihre Kinder stehen. Die Vätergruppe besteht aus verschiedenen engagierten Männern, die Aufgaben im und für den Kiez übernehmen. Hamad Nasser versteht seine Arbeit auch als Prävention vor dem Abdriften bestimmter Teile der Nachbarschaft in ein fanatisches oder gar militantes Verständnis von Religion.

Die nächsten vier Veranstaltungen waren dann thematisch dem Strich an der Ecke Eisenacher Straße Fuggerstraße gewidmet. Gäste waren am 6. Mai Ralf Rötten (HILFE-FÜR-JUNGS), am 3. Juni Bastian Finke (Maneo), am 1. Juli Ilona Phlippeau (Präventionsteam der Polizei) sowie am 3. September Manfred Schulz und Dagmar Jotzo (Jugendamt Tempelhof-Schöneberg).

In den Veranstaltungen wurde deutlich, dass es sich bei der mann-männlichen Straßenprostitution im Kiez um Armut- oder Elendsprostitution handelt. Die jungen Männer kommen zu etwa 90% aus Bulgarien und Rumänien, oft unvorbereitet darauf, was sie hier erwartet. Heutzutage greift schwule

Prostitution normalerweise auf Soziale Medien im Internet zurück. Nur diejenigen, denen die Voraussetzungen und Kompetenzen dafür fehlen, stehen noch an der Straße. Viele Probleme, über die Anwohner klagen, entstehen durch diese Ausgangssituation. Den jungen Männer fehlt oftmals die Kompetenz, eine sozial kompetente und akzeptable Akquise vorzunehmen, weshalb Passant*innen den Kontakt mit den Strichern als sexuelle Belästigung empfinden.

Auf dem Strich sind aber nicht nur Stricher. Vom Strich geht Kriminalität aus, insbesondere Drogen-, Eigentums- und leichte Gewaltdelikte. Die Drogendelikte bestehen v.a. im Konsum und seinen Folgen (starke Lärmbelästigung der Anwohner*innen, insbesondere nachts bei warmem Wetter, erhöhte Gewaltbereitschaft). Bei den Eigentumsdelikten dominieren Taschendiebstähle, aber es gibt viele Straftaten, bei denen sich die Beteiligten in Schöneberg kennenlernen, die Delikte dann aber woanders stattfinden. Durch das hohe Frustrpotenzial der jungen Männer kommt es zu Gewaltvorfällen. Ein großes Problem stellt die geringe Anzeigenbereitschaft im Regenbogenkiez dar – Beleidigungen und Belästigungen werden so gut wie gar nicht angezeigt, selbst bei Eigentumsdelikten oder Körperverletzungen finden Anzeigen nur statt, wenn sie nicht in Prostitutionskontexten stattfinden.

Über Lösungsmöglichkeiten wurde durchaus kontrovers diskutiert. Am tragfähigsten erwies sich bisher die Idee, über die bisherige sozialpädagogische Betreuung hinaus aufsuchende Jugendsozialarbeit in diesem Kiez zu installieren, die den jungen Männern auch eventuell Perspektiven jenseits von Prostitution und Kriminalität aufzeigt. Die Verabredung mit den Mitarbeiter*innen des Jugendamts besteht darin, dass sie einen Runden Tisch zu diesem Thema einberufen.

Theater „Hans Wurst Nachfahren“ am Winterfeldtplatz

In diesem Jahr konnte die Schließung des Theaters „Hans Wurst Nachfahren“ dank bürgerschaftlichen Engagements verhindert werden. Langjährige Theaterfreund*innen sammelten über 15.000 Unterschriften für den Erhalt des Theaters.

Nach Auslaufen des Mietvertrags mit kultureller Bindung wurde das Gebäude am Winterfeldtplatz Ende 2014 verkauft. Der Bezirk konnte aufgrund Geldmangels das Gebäude nicht erwerben, der Senat reagierte nicht fristgerecht. Der neue Eigentümer hatte den Plan, in dem Gebäude ein Tonstudio zu errichten und beendete das Mietverhältnis zum Sommer. Aufgrund der gewaltigen Resonanz für den Erhalt des Theaters war er bereit, einen alternativen Standort für sein Tonstudio zu suchen und hat vorläufig den Mietvertrag verlängert, zunächst bis Oktober 2016, aber versehen mit einer Option auf weitere Verlängerung.

Zusammen mit Sabine Bangert habe ich auf die anderen Fraktionen im Abgeordnetenhaus eingewirkt und erreicht, dass eine Erklärung zum Erhalt des Theaters abgegeben wurde. Der Standort ist vorläufig gesichert, aber noch nicht endgültig:

http://www2.thomasbirk.de/uploads/gem_erklaerung_kulturausschuss_hans_wurst.pdf

Theater Morgenstern

Zwar nicht im Wahlkreis, aber im Bezirk liegend, ist mir auch dieses Theater ans Herz gewachsen. Seit einem Jahr kämpfen meine Kollegin Jasenka Villbrandt und ich, zusammen mit Kolleg*innen aus anderen Fraktionen für den Erhalt des Kinder- und Jugendtheaters Morgenstern am Standort Schlesiensaal im Rathaus Friedenau. Im Zuge der Abgabe des Gebäudes durch den Bezirk an die BIM zur weiteren Nutzung durch das Finanzamt für Strafsachen, ist dieser Theaterstandort

gefährdet. Ich habe mit Frau Villbrandt einen Runden Tisch initiiert, der im Sommer 2015 u. a. Unter Anwesenheit des Kulturstaatssekretärs Renner, des Sportsstaatssekretärs Statzkowski und der Senatorin und Wahlkreisabgeordneten Kolat stattfand. Hier wurden tatsächlich zwischen allen Beteiligten des Senats, der BIM, des Bezirks und den VertreterInnen des Theaters bzw. des Tanzsportvereins Blau-Silber Verabredungen getroffen, die hoffentlich einen Verbleib an dem Standort ermöglichen. Durch die Ungewissheit, ob das Rathaus für die Unterbringung von Flüchtlingen zwischengenutzt wird, war diese Frage lange offen, scheint aber nun zugunsten des Verbleib des Theaters am Standort entschieden zu sein.

Mittelstreifen Lietzenburger Str. und An der Urania

Die Situation der Mittelstreifen „An der Urania“ und „Lietzenburger Str.“ hat mich seit Beginn meiner Wahlkreisarbeit beschäftigt, umso schöner ist es, dass sich jetzt mit tatkräftiger Einbindung und Unterstützung von Anwohnern eine ganze Menge tut.

Begonnen hat es 2013, als eine Machbarkeitsstudie zur Umgestaltung und baulichen Verdichtung von Straßen- und Grünflächen auf einer Bürger*innenversammlung diskutiert wurde. Der Verlust der Freiräume löste jedoch Protest in der Anwohnerschaft aus. Als Reaktion darauf initiierte das Stadtentwicklungsamt Tempelhof-Schöneberg ein umfassendes Bürgerbeteiligungsprojekt zur Entwicklung der Nutzungsmöglichkeiten auf den Mittelstreifen „An der Urania“ und „Lietzenburger Straße“. Die Vorgabe war dabei, dass eine mögliche Umgestaltung nur in aktiver Mitarbeit der Anwohnerinnen und Anwohner durchgeführt werden würde. Mit einem Kreis aktiver Anwohner*innen sollen Gestaltung, Pflege und Unterhaltung der Mittelstreifen langfristig verbessert und abgesichert werden. Nach einer von den Anwohner*innen selber entwickelten und durchgeführten Befragung der anliegenden Anwohner*innen, hat sich eine Gruppe von ca. zehn festen Mitstreiter*innen gefunden, die im Zeitraum von März bis Juni in drei verschiedenen Workshops die Situation auf den Mittelstreifen analysiert, die Anwohnermeinungen aus den Befragungen miteinbezogen und neue Gestaltungsmöglichkeiten entwickelt hat. Moderiert wurde der Beteiligungs- und Workshopprozess dabei vom Büro Blau. Das Endergebnis wurde dem Stadtentwicklungsamt und der Öffentlichkeit bei einem Aktionstag im Juli 2015 auf dem Mittelstreifen vorgestellt. Eine Umsetzung eines Großteils der Vorschläge wurde vom Stadtentwicklungs- und vom Grünflächenamt zugesichert.

Im September gab es weitere Organisationstreffen und Ende Oktober, Anfang November fanden die ersten beiden Pflanzaktionen von Blumenzwiebeln auf dem Mittelstreifen statt. Ich habe mich in den Prozess und bei der Umsetzung als Anwohner und fast täglicher Nutzer der Grünstreifen tatkräftig miteingebracht. Das Projekt ist ein wunderbares Beispiel dafür, dass ambitionierte Bürgerbeteiligung höchst erfolgreich sein kann.

Urban Gardening auf dem Platz „An der Apostelkirche“

Hinter der Zwölf-Apostelkirche ist ein architektonisch wunderschöner Stadtplatz, der aber die letzten Jahrzehnte völlig verkrutet und vernachlässigt war. Der Bezirk hatte offensichtlich die Pflege eingestellt. Auf meine Anregung hin hat die Mutter des Pfarrers, Frau Bornemann, eine Initiative aus Gemeindemitgliedern, Nachbar*innen und sonstigen Aktiven ins Leben gerufen. Unter tätiger Anleitung meines Mannes Rudolf Hampel, der auch schon federführend bei der Bepflanzung und Pflege des Nollendorfplatzes war, ist der Stadtplatz „An der Apostelkirche“ im Sommer/Herbst 2015 an zwei Aktionstagen auch unter meiner aktiven Mitarbeit neu bepflanzt worden. Im nächsten Frühjahr wird dies hoffentlich Früchte tragen, wenn die Kaninchen etwas übrig lassen.

Pestalozzi-Fröbel-Haus

Seit Frühjahr 2015 bin ich nach Ausscheiden eines Fraktionskollegen Mitglied im Kuratorium des Pestalozzi-Fröbel-Hauses. In dieser Funktion bin ich auch Mitglied in den Unterausschüssen zu Haushalt und Personal des Kuratoriums. Die Aufgabe war bisher nicht spektakulär, da sich das Haus in bester Verfassung befindet. Ich stehe mit leitenden Mitarbeiter*innen des PFH in einem guten Austausch.

F) Aufarbeitung Pädophilie bei den Berliner Grünen

Seit Jahren habe ich darauf gedrängt, dass sich der Berliner Landesverband mit seinem Anteil der Geschichte der Grünen bezüglich der Haltung zur Pädophilie beschäftigt. Ich war sehr froh, dass die Landesdelegiertenkonferenz im November 2013 einen Entschluss fasste, eine entsprechende Kommission einzurichten. Ich hatte den Beschluss mitformuliert und gehörte der Kommission an, die im Mai 2015 einen Bericht vorlegte. Mehr dazu auch unter: <http://gruene-berlin.de/aufarbeitung>

Das Ergebnis ist erschütternd. Wir wissen heute, dass mindestens zwei mehrfach wegen Kindesmissbrauch verurteilte Straftäter im Berliner Landesverband Mitglied waren und ein weiteres Mitglied direkt nach seiner Zeit bei den Grünen für den massenhaften Vertrieb von Kinderpornografie verurteilt wurde. Viele weitere Mitglieder und Sympathisanten insbesondere des Schwulenbereichs waren bekennende Pädosexuelle und sehr wahrscheinlich auch sexuell entsprechend aktiv. Leider haben Betroffene, die Opfer von sexueller Gewalt durch diese Männer (und anfänglich wenige Frauen) wurden, bisher wenig Zugang zu uns gefunden. Die Zahl von bis zu 1000 Opfern, die durch mich öffentlich genannt wurde, beruhte auf reiner Spekulation ohne faktische Belege in dieser Dimension. Sie löste erhebliche Medienaufmerksamkeit auf unseren Bericht aus. Um stärker die Opferperspektive zu beleuchten, soll die Arbeit der Kommission weitergehen.

Ich habe mich insbesondere intensiv mit der Geschichte des Schwulenbereichs der Alternativen Liste und von Bündnis 90/Die Grünen befasst. Er war seit der Gründung der AL Ende der 70er Jahre bis Anfang 1995 die treibende Kraft, wenn es darum ging, die Straffreiheit von Sexualität mit Kindern und Schutzbefohlenen voranzutreiben. Dabei müssen drei Phasen unterschieden werden: In der ersten Phase von der Gründung bis ca. 1983 brachte eine größere Gruppe Pädosexueller in der Partei immerhin zweimal erfolgreich entsprechende Beschlüsse auf Mitgliedervollversammlungen durch. Dann wurde diese Gruppe kleiner, nicht minder aktiv, aber in der Partei mehr oder weniger nur noch geduldet. In der dritten, erstaunlich späten Phase Anfang bis Mitte der 90er Jahre, bildete die Gruppe pädosexueller Männer im Schwulenbereich nur noch eine Minderheit, aber in einer Untergruppe „Jung und Alt“ bot sie Beratung und Freizeitangebote für Pädosexuelle an. Anfang 1995 wurde einer von ihnen, Fred Karst, erneut wegen Kindesmissbrauchs verurteilt, und der Landesverband distanzierte sich endlich eindeutig und endgültig von ihm und diesen Forderungen. Ich war noch im Herbst 1994 bei diesem Mann zuhause und verließ nach wenigen Minuten, geschockt von den vielen Nacktportraits von Pfadfinderjungen, die Wohnung, ohne weitere Schritte gegen ihn einzuleiten. Dies hatte ich jahrzehntelang verdrängt. Meine tiefe Scham über mein damaliges Versagen ist für mich heute die Antriebskraft, die Aufklärung unserer Geschichte voranzutreiben. Mein öffentliches Bekenntnis zu diesem Besuch bei Fred Karst verbunden mit der Bitte um Entschuldigung bei den Betroffenen einen Tag nach der Veröffentlichung des Berichts hat z. T. zu öffentlichen Irritationen geführt, was ich sehr bedauere.